

Verband will Zugang zur Zeitarbeit beschränken

Personaldienstleister: Interessenvertreter können sich finanzielle Eintrittshürden vorstellen

LINZ. International kämpfen die Arbeitskräfteüberlasser mit einem schlechten Image. „Dabei können wir es uns gar nicht leisten, die Mitarbeiter schlecht zu behandeln.“ Das betonte die Präsidentin des Weltverbands der Personalüberlasser, Bettina Schaller. Die Schweizerin sprach gestern bei der Generalversammlung von Österreichs Personaldienstleister (ÖPDL) in Linz.

Die Branche sei erpicht darauf, dass es ihren Arbeitnehmern gut gehe. Sie ergänzt aber auch: „Sie sprechen mit dem organisierten Teil der Überlasser.“ Es gebe überall schwarze Schafe. Schaller sagte, in vielen Ländern fehle es nicht an nötigen Gesetzen, sondern oftmals an den Kontrollen.

„Bei uns wird streng und allzu häufig überprüft“, sagte dazu der nationale Präsident der Interessensvertretung Martin Zieger. In Österreich würden die 100 Mitgliedsbetriebe im ÖPDL (von rund 700 größeren) 70 Prozent des Marktes abdecken. Zieger sagte, dass die Mitgliedschaft in dem freiwilligen Verband schon eine Absicherung für Kunden bedeute: „Wir verlangen eine Eigenkapitalquote von 15 Prozent.“ Damit sei sichergestellt, dass man nur finanziell stabile Überlasser vertrete. Zieger könnte sich ein System vorstellen,

das den Zugang in der Branche limitiert: Weil

bei einer Insolvenz auch Beschäftigter für nicht entrichtete Sozialabgaben haften, könnte die Gewerbeberechtigung an die Hinterlegung eines Mindestbetrages gebunden werden. In Italien sei das eine Million Euro. Zwar sei der Zugang in Österreich aufgrund einer Gewerbeprüfung strenger als in anderen Staaten. „Wenn das der Preis für die Anerkennung unserer Branche ist, warum nicht?“, so Zieger.

Keine Rot-Weiß-Rot-Card

Der Powerserv-Chef sieht die Arbeitskräfteüberlasser benachteiligt: Unternehmer aus der Branche dürften keine Ausländer mit Rot-Weiß-Rot-Card anstellen. Zieger: „Wie soll ein kleines IT-Büro die Administration für die Rot-Weiß-Rot-Card schaffen? Wir könnten das und hätten weitere Jobangebote, sobald ein zeitlich befristetes Projekt ausläuft.“ Auch die Blaue Karte, die ukrainische Flüchtlinge erhalten, um in Österreich arbeiten zu dürfen, schließe Zeitarbeit aus.

International würden flexible Arbeitsverhältnisse, also Zeitarbeit oder Werkverträge zunehmen, sagt Schaller. Die Zeitarbeitsquote (an den Unselbständigen) liege in Großbritannien bei gut sechs Prozent, in Österreich bei zwei. Dabei sei nachweisbar, dass Arbeitskräfteüberlassung für Arbeitnehmer die sicherste aller flexiblen Arbeitsformen sei und die Branche eine wichtige Funktion bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt habe.

(sib)



Bettina Schaller vom Weltverband, Zieger vom Österreich-Verband (sib)